



## Haushaltsrede für die Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes für 2011

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,  
liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Bodenseekreis erwischt es im Jahr 2011 eiskalt: einerseits sollen Millionenbeträge in Schulen und Straßen investiert werden, andererseits brechen die Einnahmen in einen nie gekanntem Ausmaß weg. Eine deutlich überdurchschnittliche Verschuldung und eine Rücklage, die gerade einmal das gesetzliche Mindestmaß erfüllt, reduzieren den finanziellen Spielraum des Kreises auf null.

Ich will nicht über die Maßen dramatisieren, muss aber sagen, dass der Kreishaushalt 2011 sicher zu den schwierigsten gehört, die ich in meinen nunmehr 31 aktiven kommunalpolitischen Jahren erlebt habe. Während bei den allermeisten Städten und Gemeinden im Landkreis bereits wieder deutliche Erholungstendenzen insbesondere bei der Gewerbesteuer zu beobachten sind, kommen nun die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf Grund der Umlagefinanzierung beim Landkreis an.

Ein Vergleich der Landkreise in Baden-Württemberg zeigt, dass nur der Hohenlohekreis von einem noch stärkeren Rückgang der Steuerkraftsumme seiner Städte und Gemeinden betroffen ist als der Bodenseekreis (Schaubild). Über 28 % weniger Steuerkraft bedeuten für einen Landkreis im nächsten Jahr 22 Mio. Euro weniger Einnahmen an der Kreisumlage – oder, von der anderen Seite betrachtet, 22 Mio. Euro weniger Zahlungen der Städte und Gemeinden an den Landkreis. Das gilt jedenfalls dann, wenn der Hebesatz der Kreisumlage unverändert bleibt.

Während allerdings die Städte und Gemeinden landauf, landab in den Jahren 2008 und 2009 ziemlich unvermittelt von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren, hatte der Bodenseekreis etwas mehr Vorlauf, weil ja die Steuerkraftsumme des Jahres 2009 bereits Anfang des Jahres 2010 feststand. Diesen Vorlauf haben wir auch genutzt. Für den Februar dieses Jahres haben wir den Mitgliedern des Kreistages die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen, deren Beratungen durch intensive Vorarbeiten verwaltungsintern vorbereitet wurden. Über 500 Einsparungs- und Verbesserungsvorschläge haben die 25 Ämter der Kreisverwaltung zusammen getragen. Diese wurden intensiv verwaltungsintern vorberaten und dann zu Beratungspaketen für die Haushaltsstrukturkommission und letztlich für den Kreistag geschnürt. Für diese immense Arbeit möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im gesamten Haus herzlich danken. Es ist wirklich kein Stein auf dem anderen geblieben, auch noch so lieb gewonnene Themen wurden aufgegriffen und zur Beratung vorgelegt.

Es wäre aber zu kurz gesprungen, die Haushaltsstrukturkommission nur als Spargremium für den Haushalt 2011 zu sehen. Strukturelle Veränderungen bringen es mit sich, dass sie erst

im Laufe der Zeit wirklich wirksam werden. Dies gilt insbesondere für die großen Brocken, mit denen sich die Haushaltsstrukturkommission bereits beschäftigt hat, ich denke dabei etwa an den eigenen Teil bei der Schülerbeförderung oder die Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft oder die laufenden Personal- und Organisationsuntersuchungen im Bereich der Vermessungsverwaltung, der Landwirtschaftsverwaltung, der Straßenmeistereien, im Jugendamt und an anderen Stellen im Haus.

Wunder dürfen von der Haushaltsstrukturkommission aber auch nicht erwartet werden. Der Entwurf des Haushaltsplans 2011 sieht Gesamteinnahmen und –ausgaben in Höhe von rund 251,5 Mio. Euro vor. Hiervon entfallen rund 235 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt und rund 16,5 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt. Wir alle wissen, dass die Spielräume im Verwaltungshaushalt naturgemäß gering sind. Diese gilt umso mehr, weil auch im Haushalt 2011 wieder mehr als die Hälfte aller Ausgaben auf den sozialen Bereich entfällt. Es ist eben schlicht und einfach nicht möglich, in einem Behindertenheim Lichter und Heizungen abzudrehen oder gar die Qualität der Pflege durch Personalreduzierung in Frage zu stellen. Genau diese Qualität des Dienstes an Mitmenschen ist es aber, die der Landkreis in Form der Pflegesätze an die Einrichtungen zu bezahlen hat.

Und noch eines ist im sozialen Bereich bemerkenswert trotz im bundesvergleich niedrigster Arbeitslosenzahlen: trotz der Tatsache, dass wir dank der Option bei der Langzeitarbeitslosenquote sogar noch unter der Quote aller Arbeitslosen liegen, wird 2011 wieder ein Betrag von deutlich über 74 Mio. Euro aus Hilfen des Kreissozialamtes, des Kreisjugendamtes und des Amtes Hilfen zur Arbeit an die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises fließen. Die Leistungen des Landkreises an die Einwohner in den Städten und Gemeinden übersteigt damit wiederum deutlich das, was Städte und Gemeinden an den Landkreis in Form der Kreisumlage bezahlen. Dies war auch in früheren Jahren so. Lediglich im Jahr 2010 war das Verhältnis auf Grund der außerordentlich hohen Kreisumlage ausnahmsweise umgekehrt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nochmal einen ausdrücklichen Dank an Sie, meine Damen und Herren Kreisräte, aussprechen. Sie haben über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg dem Landkreis in Sachen Option immer den Rücken gestärkt. Die gemeinsame Erklärung der LIGA der freien Wohlfahrtspflege im Bodenseekreis hat uns bestätigt, dass die Arbeit, die wir für diejenigen Menschen leisten, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, sachlich gut und erfolgreich ist. Ich bin sehr froh, dass es im zu Ende gehenden Jahr gelungen ist, durch einen parteiübergreifenden Konsens in Bundestag und Bundesrat die Option auch für die Zukunft zu sichern. Den Erfolg der Option belegt auch, dass kein Einziger der 69 Stadt- und Landkreise, die schon seit fünf Jahren dieses Modell anwenden, sein Optionsrecht zurückgeben will. Das Gegenteil ist der Fall: unsere Fachleute vom Amt Hilfen zur Arbeit, unser Sozialdezernat und in bescheidenem Umfang auch ich sind Ratgeber in vielen Landkreisen Baden-Württembergs und Bayerns, die ebenfalls optieren wollen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass wir durch vernetzte Angebote, dadurch, dass wir die Kosten der Unterkunft im Griff behalten haben und dadurch, dass wir hautnah an Arbeitgebern und Arbeitnehmern dran sind, nicht nur für die Menschen im Bodenseekreis eine hervorragende Arbeit leisten, sondern auch die Kosten für den Landkreis reduziert haben. Denn eines ist klar: unabhängig von der Frage der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in einer Arbeitsgemeinschaft oder der eigenen Zuständigkeit durch die Option: erhebliche Kosten tragen immer die Landkreise. Da ist es mir schon lieber, dafür dann auch die Parameter selbst bestimmen zu können, als diese von außen bestimmen zu lassen.

Das Jahr 2011 ist für den Verwaltungshaushalt der Landkreise in Baden-Württemberg auch deswegen ein besonderes Jahr, weil am Jahresende Kassensturz in Sachen Verwaltungsreform gemacht werden wird. Bis zum 31.12.2011 soll die 20-prozentige Effizienzrendite der Verwaltungsreform erwirtschaftet sein. Wir erinnern uns: die Landkreise haben im Zuge der Verwaltungsreform signalisiert, diejenigen Leistungen, die vor der Eingliederung der ehemals

staatlichen Sonderbehörden das Land Baden-Württemberg erbracht hat, 20 % günstiger in eigener Zuständigkeit zu erbringen. Wir werden das im Bodenseekreis – fast – schaffen. Maßgeblich beigetragen hat dazu die Konzentration der Verwaltungseinrichtungen - unter anderem durch dieses neue Gebäude -, aber auch eine deutliche Reduzierung im personellen Bereich. Dies ist sozialverträglich gelungen, weil durch Rente und Pensionierung freigegebenen Stellen nicht wiederbesetzt wurden. Auf Grund der Altersstruktur des vorhandenen Personals war dies jedoch nicht überall möglich. Wir werden die 20 %-Grenze aber im Laufe des Jahres 2012 schaffen. Und dies, obwohl einige Annahmen, die zum Zeitpunkt der Verwaltungsreform getroffen wurden, so nicht eingetreten sind. Ich denke dabei insbesondere an die Einnahmen aus Vermessungsgebühren, die weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Allein im Bodenseekreis sind dies rund 650.000 Euro. Diesen Betrag werden wir also ab 2012 zusätzlich zur vereinbarten Effizienzrendite von 20 % erwirtschaften. Damit ist die Verwaltungsreform zu einem beeindruckenden Beweis für die Richtigkeit von Dezentralität und Subsidiarität geworden, ganz abgesehen davon, dass ich der felsenfesten Überzeugung bin, dass die Beratung vor Ort zeit- und bürgernäher geleistet werden kann als in großen landeseinheitlichen Einrichtungen.

Lassen Sie mich im Rahmen der Finanzbeziehungen zwischen Land und Landkreis noch auf einen Punkt konkret hinweisen: Die Zuweisungen des Landes für den Unterhalt der Landesstraßen reichen hinten und vorne nicht aus. Zwar hat Finanzminister Stächele bei seinem Besuch im Bodenseekreis mitgeteilt, dass seine Leute ihm gesagt hätten, die Zahlen reichten. Ich würde diesen Herrschaften im Ministerium anraten, sich ein Bild vor Ort zu machen. Jedenfalls glaube ich da unseren Straßenmeistern mehr als jenen, die das theoretisch möglicherweise noch so richtig rechnen. Bislang haben wir das im Gemeinschaftsaufwand der Straßenunterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen irgendwie aufgefangen. Dazu bin ich aber künftig nicht mehr bereit. Es geht letztlich um Vermögenswerte des Landes. Wenn das Land nicht bereit ist, die nötigen Mittel für den Erhalt des eigenen Vermögens bereit zu stellen, dann wird es eben künftig auf Landesstraßen deutlich mehr Schlaglöcher geben als auf Kreisstraßen.

Nun noch ein paar Sätze zum Vermögenshaushalt: auf Grund der Finanzlage haben wir naturgemäß an Investitionen alles gestrichen, was nicht sozusagen unmittelbar vor der Haustüre steht oder begonnen wurde. Zu den Maßnahmen, die im Vermögenshaushalt vorgesehen sind, gehören die sicherheitstechnischen Maßnahmen an den Schulen, die Fertigstellung der Bahnunterführung in Neufrach, die Fortführung der Planungen an den Kreisstraßen und die restliche Sanierung des Verwaltungsgebäudes Albrechtstraße 75. Alles andere muss eben nochmals ein Jahr warten.

Leider müssen wir im Jahr 2011 auch erneut Kredite aufnehmen. Ein bisschen Spielraum haben wir uns in dieser Hinsicht erarbeitet, weil in den letzten drei Jahren über 7 Mio. Euro an Schulden abgebaut wurden. Das haben auch fast alle anderen Landkreise getan, so dass der Bodenseekreis nach wie vor rund 50 % über der Durchschnittverschuldung aller Landkreise liegt. Drei Beweggründe haben mich dennoch veranlasst, Ihnen mit dem Entwurf des Haushaltsplanes 2011 eine Neuverschuldung von 3 Mio. Euro vorzuschlagen:

- die besondere finanzielle Situation erfordert es,
- der Schuldenabbau der letzten Jahre gibt uns etwas Luft,
- Städte und Gemeinden sollten nicht noch stärker belastet werden.

Ich gebe zu, dass mich dieser Punkt schmerzt und von meiner Zielsetzung abweicht, die der Kreistag bislang mitgetragen hat, nämlich mittelfristig die Schulden so zu reduzieren, dass wir im Durchschnitt der Landkreise liegen. Würden wir diese Kreditaufnahme jedoch nicht vorsehen, müsste die Kreisumlage um nochmals annähernd 2 %-Punkte erhöht werden.

Somit bin ich wieder beim Thema Kreisumlage. Die zum Teil erheblichen Schwankungen in der Kreisumlage sind sowohl für die Städte und Gemeinden, die sie bezahlen müssen, wie auch für die Kreiskammerin, die mit ihr rechnen muss, unbefriedigend. Ich habe deshalb beim Landkreistag Baden-Württemberg den Vorschlag unterbreitet, einmal darüber nachzudenken, wie die Zahlung der Kreisumlage verstetigt werden könnte. Beispielsweise könnte dies dadurch erreicht werden, dass als Grundlage nicht einzig und allein die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden aus dem vorvergangenen Jahr herangezogen wird, sondern eine Durchschnittszahl, die sich aus einem längeren Zeitraum errechnet. Der Finanzausschuss des Landkreistages hat diese Anregung aufgegriffen und mittlerweile beschlossen, der Verwaltung des Landkreistages einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen. Einfach wird das nicht, weil damit das komplizierte Finanzgeflecht zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden berührt wird. Ich denke aber, dass es ein Versuch wert wäre.

Übrigens noch etwas zur Kreisumlage: bei den Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft legt das Land für jeden Kreis den durchschnittlichen Hebesatz aller Landkreise zugrunde. Anders herum ausgedrückt: uns werden die Einnahmen angerechnet, die wir erzielen würden, wenn wir mindestens den durchschnittlichen Hebesatz tatsächlich erheben würden.

Wie soll nach Vorstellung der Verwaltung der Hebesatz der Kreisumlage aber nun aussehen? Mit all den angesprochenen Maßnahmen können wir erreichen, dass die Unterdeckung im Haushalt von ursprünglich 22 Mio Euro auf 10,7 Mio Euro reduziert werden kann. Wir brauchen also statt einer Kreisumlage von 77 Mio Euro wie 2010 im kommenden Jahr „nur“ 66,7 Mio Euro. Das heißt also, dass die Städte und Gemeinden nach dem vorliegenden Entwurf im kommenden Jahr über zehn Mio Euro weniger an den Landkreis abführen müssen als in diesem Jahr. Die Kreisumlage wird also sinken! Damit trägt, so glaube ich, der Landkreis ein gutes Stück dazu bei, dass unsere Städte und Gemeinden die dramatischen Einbrüche bei deren Steuereinnahmen abfedern können. Was bedeutet das nun für den Hebesatz? Da dieser sich auf der Basis der Steuerkraftsumme berechnet, bedeutet das trotzdem eine Hebesatzerhöhung, und zwar um 6,2 %. Aber letztlich kommt es nicht auf den Hebesatz, sondern darauf an, was tatsächlich gezahlt werden muss. Und das ist, wie gesagt, deutlich weniger.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Blick voraus werfen: Mit einer einzigen Ausnahme sind in allen Städten und Gemeinden des Kreises 2010 die Gewerbesteuer-einnahmen zum Teil wieder deutlich angestiegen, was unter dem Strich zu einer höheren Steuerkraftsumme führen wird. Alle Gespräche, die ich mit Vertretern der Wirtschaft geführt habe, bestätigen, dass es sich dabei um eine nachhaltige Verbesserung handelt. Außerdem werden ab 2012 zusätzliche Maßnahmen greifen, die von der Haushaltsstrukturkommission auf den Weg gebracht wurden. Das lässt hoffen, dass sich die finanzielle Lage des Kreises ab 2012 wieder etwas entspannt.

Übrigens ist es eine Binsenweisheit, dass unsere Städte und Gemeinde im Landkreis durch eine Hebesatzerhöhung ganz unterschiedlich betroffen sind. Insgesamt, und das ist für mich das Entscheidende, werden die Gemeinden und damit ihre Bürger im nächsten Jahr durch die Kreisumlage entlastet.

Unter dem Strich können wir Ihnen, meine Damen und Herren, einen Entwurf eines Haushaltsplanes vorlegen, der sehr schwierig ist, aber letztlich doch nicht ganz so dramatisch geworden ist, wie dies ursprünglich den Anschein gehabt hat. Das Sprichwort, dass alles immer zwei Seiten hat, bewahrheitet sich wieder einmal: zwar sind landesweit die Schlüsselzuweisungen des Landes an die Landkreise rückläufig. Auf Grund der eingangs dargestellten Tatsache, dass die Steuerkraftsumme im Bodenseekreis weit überdurchschnittlich zurückgegangen ist, verkehrt sich bei den Schlüsselzuweisungen dies jedoch ins Gegenteil. Entgegen

der von mir im Vorfeld der heutigen Sitzung immer wieder geäußerten Befürchtung reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen an den Landkreis nicht, sondern sie erhöhen sich sogar. Dies und höhere Zahlungen aus dem Sozillastenausgleich haben letztlich dazu geführt, alles in einigermaßen erträglichem Rahmen zu halten.

In den letzten Tagen haben wir sogar noch einmal positive Meldungen vom Land in Sachen Schlüsselzuweisungen erhalten. Wir werden mit rund 730.000 Euro zusätzlichen Einnahmen rechnen können, die natürlich im schon gedruckten Entwurf des Haushaltsplanes noch nicht berücksichtigen konnten. Ich schlage vor, diese zusätzlichen Einnahmen zur Reduzierung der Kreditaufnahme zu verwenden. Damit können wir dann auch den Beschluss des Kreistages weiter umsetzen, die zu hohe Verschuldung des Landkreises Stück für Stück zu reduzieren.

Deshalb bin ich guter Dinge, dass wir auch im Kreistag einen Haushaltsplan für 2011 verabschieden werden, mit dem alle leben können.

Mein abschließender Dank gilt der Kreiskämmerei, insbesondere Frau Schwartz, Herrn Kaiser und Frau Kick, aber auch allen, die an den Budgetgesprächen, den Budgetverhandlungen, den Strukturdiskussionen und den Sprachrunden beteiligt waren und konstruktive Vorschläge eingebracht haben.

Bei Ihnen bedanke ich mich für das Zuhören

Lothar Wölfle